



## Nur einer hatte ihre Nummer: Frankfurter Linke-Politikerin wird zur Retterin der Merz-Wahl

08.05.2025, 16:03 Uhr

Von: Niklas Hecht

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremder Inhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

*Alexander Dobrindt fädelt das Ja der Linkspartei zum zweiten Wahlgang ein. Am anderen Ende des Telefons: die Frankfurter Abgeordnete Janine Wissler.*

Berlin/Frankfurt – Hat eine Frankfurter Bundestagsabgeordnete die Kanzlerschaft von Friedrich Merz gerettet? Zumindest könnte die Linke-Politikerin Janine Wissler am Dienstag einen schnellen zweiten Wahlgang möglich gemacht haben, in dem der CDU-Chef nach der gescheiterten ersten Abstimmung doch noch zum Kanzler gewählt wurde.

### Frankfurter Abgeordnete Janine Wissler hilft, Kanzlerwahl zu ermöglichen

Doch von vorne: Der Schock saß tief, nachdem Merz in der geheimen Wahl lediglich 310 Ja-Stimmen und damit sechs weniger als die nötige Mehrheit erhalten hatte. Dass ein Kanzler nicht im ersten Wahlgang gewählt wurde, hatte es in der Geschichte der Bundesrepublik zuvor noch nicht gegeben. Woher die Abweichler kamen, wird wohl noch lange Gegenstand von Spekulationen sein. Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) unterbrach nach der missglückten Kanzlerwahl die Sitzung.



Friedrich Merz, Jens Spahn und Lars Klingbeil im Bundestag. © IMAGO/Jens Schicke

Union und SPD kamen in der Pause zu dem Schluss, den zweiten Wahlgang so schnell wie möglich durchziehen zu wollen. Offenbar um keine Hängepartie und großen Raum für Diskussionen zu eröffnen.

Laut Grundgesetz hat der Bundestag nach dem ersten Wahlgang 14 Tage Zeit, um einen Bundeskanzler zu wählen. Um noch am Dienstag einen zweiten Wahlgang durchzuführen, war eine Änderung der Geschäftsordnung und damit eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Dafür mussten Union und SPD die Grünen und die Linke ins Boot holen. Die Union warf für dieses Manöver also kurzerhand ihren Unvereinbarkeitschluss über Bord, der eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei eigentlich ausschließt.

## Außer Dobrindt hatte keiner in der Union eine Handynummer der Linken

Das Problem an der Sache: Offenbar hatte kein einziger Abgeordneter der Unionsfraktion eine Handynummer eines oder einer Linken, um dieses Vorgehen zu besprechen. Bis auf den neuen Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU). Wie mehrere Medien übereinstimmend berichteten, sprang der Bayer in die Bresche und ließ seinen Kontakt zu Janine Wissler spielen, um die Zustimmung der Linken einzufädeln. Die ehemalige Parteivorsitzende stellte den Kontakt zur Fraktionsspitze der Linken her, die letztlich ihr Einverständnis gab, für eine Änderung der Geschäftsordnung zu stimmen. Die Grünen waren da längst überzeugt von einem zweiten Wahltag am selben Tag, in dem Merz letztlich mit 325 Ja-Stimmen doch noch zum Kanzler gewählt wurde.

Faktisch löste die Union damit am Dienstag den Unvereinbarkeitsbeschluss auf und ist nun offenbar auch bereit, ihr Verhältnis zur Linkspartei grundsätzlich zu überdenken. So zeigte sich Kanzleramtschef Thorsten Frei offen für eine Abschaffung des Unvereinbarkeitsbeschlusses seiner Partei mit der Linken. „Wir werden gemeinsam darüber zu sprechen haben“, sagte Frei in der RTL/n-tv-Sendung *Frühstart*. Zwar könne der Beschluss eines CDU-Parteitags von 2018 nicht per Federstrich außer Kraft gesetzt

werden. „Aber mit Sicherheit sind wir in einer Situation, wo wir die eine oder andere Frage neu bewerten müssen“, sagte Frei.

Mutmaßlich wird die schwarz-rote Koalition noch öfter die Stimmen der Linkspartei (und der Grünen) brauchen, ohne die sie keine Zweidrittelmehrheit hat. Über den Grund, warum die Partei letztlich ihre Zustimmung gab, nannte die *Bild* den Parteitag der Linken am Freitag. Dort habe die Partei nicht mehr zur Kanzlerwahl ausrücken wollen. Daher das Ja zum zweiten Wahlgang am Dienstag. Über den Freitag zuvor war als möglicher Tag für den zweiten Wahlgang spekuliert worden. (nhe)

Friedrich Merz fällt im ersten Wahlgang durch. Im zweiten wird er schließlich zum Kanzler gewählt. Die Reaktionen aus Hessen zur Kanzlerwahl.